

BREMER RUNDSCHAU

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei – DKP Bremen | Nr. 1 / 2026

Zum Geleit des 1. Mai

Gründe den Kapitalismus zu überwinden

1 Der Kapitalismus kann keine soziale Gerechtigkeit herstellen.

Durch die kapitalistische Produktions- und Profitwirtschaft nimmt die Zahl der Reichen und Superreichen, der Millionäre und Milliardenäre ständig zu, während sich auf der anderen Seite die Armut der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten sehr schnell ausbreitet. Zwanzig Prozent der Menschen in der BRD sind von Armut betroffen, weil sie im Niedriglohnsektor arbeiten, ein Großteil der Frauen arbeitet in schlecht bezahlten sogenannten „Frauenberufen“, wie im Pflegebereich und Einzelhandel oder weil viele Menschen vom Bürgergeld, jetzt *Neue Grundsicherung*, existieren müssen.

2 Der Kapitalismus kann keinen Frieden sichern

Am Krieg lässt sich viel verdienen, denn Rüstungsbetriebe sind überwiegend privat. Der Ukraine-Krieg hätte schon längst beendet sein können, wenn nicht permanent Waffen an die ukrainische Armee vom Westen, von Deutschland geliefert würden. Deutschland hat bisher über 100 Milliarden Euro in diesen Krieg *investiert* und der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall ist während dieses Krieges zum Rüstungskonzern Nr.1 weltweit aufgestiegen.

3 Der Kapitalismus kann keine intakte Umwelt gewährleisten

Umweltkatastrophen und Dürreperioden nehmen weltweit zu. Infolgedessen kommt es zu Hungersnöten und Epidemien. Kriege zerstören natürliche Lebensgrundlagen und sind Klima-



und Umweltkiller. Durch Aufrüstung und Kriege werden enorme Emissionen an CO₂ freigesetzt. Während die Kosten für Umwelt- und Klimaschutz der Bevölkerung auferlegt werden, wird durch die Militarisierung Treibhausgas in riesigen Mengen ungeahndet freigesetzt.

4 Für den Sozialismus



Wir Kommunistinnen und Kommunisten setzen uns dafür ein, kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse abzuschaffen. Wir kämpfen für eine Welt des Friedens und eine befreite, solidarische, emanzipierte Gesellschaft ohne Gewalt und Unterdrückung. Wir machen uns stark für eine intakte Umwelt, Menschenrechte und internationale Solidarität. ♦

Warum verarmt die Arbeiterklasse immer mehr?

Wenn sie wollten, hätten Politiker von Bund und Kommune allerlei Möglichkeiten gegen die wachsende Armut vorzugehen, meint Kathrin Alapas von der Kommunistischen Partei (DKP)

Interview: Mia Walter, BREMER RUNDSCHAU

Den Reichen den Stecker ziehen!



Für Heizung, Brot und Frieden!

Aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes geht hervor, dass ca. 135.000 Menschen in Bremen, entsprechend fast 27 Prozent der Bevölkerung, von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Wo siehst du die zentralen Ursachen für diesen Anstieg?

Wir erleben einen Preisanstieg bei allen Waren, besonders bei den Grundnahrungsmitteln und wissen auch, dass die steigenden Wohn- und Mietkosten sowie Energiepreise viele Menschen zusätzlich in die Armut treiben.

Die kapitalistische Weltwirtschaft hat sich seit Februar 2023 an entscheidenden Eckpunkten weiterhin krisenhaft entwickelt. Das bedeutet keineswegs, dass das Monopol- und Finanzkapital keine astronomischen Profite mehr lukrieren könnten, doch es sind die Grundgesetze des Kapitalismus selbst, die ein reibungsloses "Funktionieren" der sogenannten "freien Marktwirtschaft" natürlich

verunmöglichen. Das allgegenwärtige Realisationsproblem zwischen hohen Preisen und niedrigen Löhnen ist bekanntlich krisenursächlich, die Profitmacherei als alleiniger Existenzzweck macht den Kapitalismus letztlich geradezu dysfunktional.

Alle Regierungen, ob Bund oder kommunal, der letzten Jahrzehnte haben bisher alle bewusst darauf verzichtet, wirklich wirksame Maßnahmen zum Schutz der Mieter vor steigenden Mieten zu ergreifen. Hinzu kommt, dass sie sich dafür entschieden haben, die Grundsicherungsleistungen nicht armutsfest auszugestalten. Dazu kommen die bewusst suizidalen politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland, dem bisher billigen Energielieferanten.

Du deutest in deiner Antwort an, dass Armut nicht abstrakte sei. Wie äußert sich diese Armut konkret im Alltag der Betroffenen?

Jeder zweite in der Grundsicherung kann laut dem „Paritätischen Wohlfahrtsverband“, es sich nicht leisten, abgenutzte Möbel zu ersetzen. Jeder dritte kann es sich nicht leisten, abgetragene Kleidung zu ersetzen. Ebenfalls jeder dritte kann sich nicht jeden zweiten Tag eine vollwertige warme Mahlzeit leisten. 17 Prozent der Betroffenen geben an, sie könnten es sich nicht leisten, ihre Wohnung ausreichend zu heizen. Das bedeutet auch, dass die Kinder in den betreffenden Haushalten mitbetroffen sind und unter diesen proletarischen Verhältnissen mitleiden.

Das muss grundlegend geändert werden!

Manche Sozialpolitiker fordern einen »Armutsvermeidungsscheck« für sozialpolitische Reformen. Wie müsste ein solches Instrument ausgestaltet sein?

Bei jeder sozialpolitischen Veränderung, welche die Regierung plant, müsste geprüft werden, ob dadurch die Armut gemildert oder verschärft wird. Wenn eine Verschärfung der Armut droht, ist das Vorhaben zu unterlassen. Da wir aber nicht im Sozialismus, sondern in einem kriegerisch werdenden kapitalistischen Land leben, ist dies mehr als eine Illusion. Hätten wir eine Verfassung, die auf einer armutsvermeidenden Grundlage basiert, wäre das selbstverständlich kein Problem. Da wir diese Verfassung aber nicht haben, bedarf es einer Entwicklung auf *nationaler Stufenleiter und Förderung durch nationale Mittel*. Das aber werden die Damen und Herren von Grund und Boden, Geld und Macht mit allen Mitteln verhindern, solange sie die Gelegenheit und die Mittel dazu haben.

Warum denkst du, dass ein Armutsvermeidungsscheck oder überhaupt die Vermeidung von Armut im Interesse eines Staates ist?

Jede Regierung hat einen Schutzauftrag. Zum Auftrag eines kapitalistischen Staates gehört es, die Besitz- und Eigentumsverhältnisse der herrschenden Klasse zu wahren und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich der Reichtum dieser Klasse vermehrt. Das geschieht in erster Linie durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und dem kapitalistischen Hang immer zuerst an den Lohnkosten der lohnabhängig Beschäftigten zu sparen.

Damit das reibungslos und dauerhaft funktioniert halten sich die Kapitalisten in nichtrevolutionären Zeiten in der Regel ein Parlament als Schwatzbude mit Medienrummel, ansonsten sorgen Polizei, Armee und verschiedene Geheimdienste (in der BRD: BND, MAD, Verfassungsschutz) für Ruhe und Ordnung im Lande.

Zum Auftrag eines sozialistischen Staates gehört es, zu sichern, dass alle Macht dem Wohle des Volkes dient. Um die Macht der Arbeiterklasse zu schützen und die Rechte der Bürger zu gewährleisten, benötigt der Arbeiterstaat natürlich verschiedene Sicherheitsorgane, wie z.B. eine Volkspolizei und einen staatlichen Sicherheitsdienst. Eine Volksarmee, die die äußeren Feinde abschreckt, denn die ehemalige herrschende Kapitalistenklasse ist noch stark und verfügt über militärische, wirtschaftliche, politische und psychologische Kampfmittel. Das beste Beispiel in der heutigen Zeit ist das brutale imperialistische Verhalten der USA gegenüber dem anti-imperialistischen Venezuela und sozialistischen Kuba.

In der Politik ist ständig von Kürzungen und mehr Eigenverantwortung die Rede. Was entgegnest du Stimmen, die sagen, der Sozialstaat sei zu teuer?



Erstens: Die sozialen Rechte sind eine von der Arbeiterklasse hart erkämpften Errungenschaften, die es unbedingt zu verteidigen gilt. Dafür haben Generationen vor uns gekämpft und geblutet. Gerade heute gilt es sie gegen die sozialreaktionären Taten und Absichten der Regierungen zu verteidigen.

Zweitens: Die Regierung sagt: Der „Sozialstaat“ sei mit über 50 Milliarden Euro zu teuer.

Ich sage: Die jahrzehntelangen staatlich-geförderten Steuerschlupflöcher für die Konzerne, Reichen und Superreichen sind mit über 100 Milliarden Euro zu teuer. ♦

Mia Walter: Wir danken für das Gespräch.

Der rote Kommentar

USA – Hände weg von Kuba

Der Bremer Kommunist Hannes Stütz, Autor und Fotograf (†18. 03. 2022) bereiste mehrfach Kuba, die rote Perle der Karibik. Sein Fazit: *Dieses erste sozialistische Land des amerikanischen Kontinents hat sich von einer Kolonie des US-Kapitals zu einem modernen Staat entwickelt, der keinen Hunger, keine Arbeitslosigkeit und kein Analphabetentum mehr kennt.* Hannes sprach mit Tabakbauern und fuhr mit Arbeitern in die Zafra, die "höllische" Zuckerrohrernte. Er berichtete zum Beispiel von der Schweinebucht, wo die Kubaner ihre Revolution gegen die amerikanischen Eindringlinge verteidigten und von der Sierra Maestra, wo der bewaffnete Freiheitskrieg gegen Ausbeutung und Unterdrückung begann.

Der amerikanischen Kommunistin Angela Davies öffnete die kubanische Erfahrung in außergewöhnlicher Weise die Augen. *Durch die Arbeit auf einem Zuckerrohrfeld, in Diskussionen mit Kubanern im ganzen Land – mit Arbeitern, Studenten und Genossen der Kommunistischen Partei – wurde mir klar, welches ungeheure Engagement, welche Opferbereitschaft und Wissen dazu gehörten, eine Revolution zum Erfolg zu führen. Ich glaube, dass der Genosse in „The Battle of Algiers“ ohne Zweifel mit seiner Behauptung recht hatte, dass es zwar schwer ist, eine Revolution in Gang zu bringen, und noch schwerer, so lange durchzuhalten, bis man die Macht ergreifen kann, dass aber die schwierigste Periode die Errichtung der revolutionären Gesellschaft nach der Übernahme der Macht ist. Warum? Weil der Klassenfeind*

sich nicht mit der Niederlage abfindet und alles daransetzt, die alten Ausbeuterverhältnisse wieder herzustellen. Das verjagte US-Kapital war nach der kubanischen Revolution am 1. Januar 1959 sehr aggressiv und setzte militärische, wirtschaftliche, politische und psychologische Kampfmittel ein, wie z.B. bewaffnete Aufstände, terroristische Attentate, wirtschaftliche Sabotage, und arbeitete dabei mit den dunkelsten und reaktionärsten Elementen aus der Hefe der alten Sklavenhaltergesellschaft zusammen. 67 Jahre brutale Wirtschaftsblockade gegen das sozialistische Kuba sollten den Aufbau des Landes, der auf voller Souveränität, sozialer Gerechtigkeit und der Förderung von Frieden und Solidarität mit dem Rest der Welt basiert, zerstören.

Die neuerliche Eskalation der Maßnahmen der Regierung des US-Kapitals zielen auf eine vollständige Ölblockade der Insel, was einem Völkermord gemäß der Genfer Konvention gleichkommt. Angesichts dieser existenziellen Bedrohung wird Kuba alle Mechanismen des Volkskrieges aktivieren, angepasst an die Wirtschaft: Maximale Beschleunigung von Programmen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Vollständige Mobilisierung für die Lebensmittelproduktion und die Überlebenslogistik. Internationale Solidarität als diplomatischer und materieller Schutzwall.

„Die Bundesregierung muss ihrem UN-Votum endlich Taten folgen lassen und sich sofort für das Ende der völkerrechtswidrigen US-Blockade einsetzen.“ ♦

VW: Krieg und Rüstung retten uns

VW ist bekannt für den legendären Käfer. Ein unschuldiges kleines Auto, das so manches Hippieherz höherschlagen ließ.



Die Autos von VW prägten eine ganze Generation und wurden zum Symbol einer Bewegung, die den Krieg ablehnte. Mit diesem vermeintlich unschuldigen und pazifistischen Image, das Volkswagen nach seiner faschistischen Vorgeschichte gezielt aufgebaut hatte, ist es spätestens jetzt vorbei.

VW stellt fest: Krieg und Rüstung können auch geil sein. Mit dabei bei diesem neuen Rüstungswahn ist jetzt auch Gesamtbetriebsratschefin Daniela Cavallo. »Ich bin der Meinung, dass Deutschland und Europa unabhängiger werden müssen im Bereich Verteidigung«, sagte sie im Interview mit der *dpa* und rückt damit also in die Reihen der Kriegstreiber.

Cavallo zum Schicksal des Osnabrücker Werks: »Wir prüfen alle Möglichkeiten, um den Standort Osnabrück zukunftsfest aufzustellen« – eine Zukunft, in der nicht mehr die vermeintlich unschuldigen kleinen Käfer vom Band laufen sollen, sondern deutsches Kriegsgerät.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte des Unternehmens, dass es deutsches Kriegsgerät produziert. Bereits die deutsche Wehrmacht hatte das Volkswagen-Werk im späteren Wolfsburg mit Militärfahrzeugen beliefert.

Kaum sinken die Verkaufszahlen, zählen die Lehren aus der Vergangenheit nichts mehr, und

das Image der Unschuld wird ab-, der Flecktarn wieder angelegt. Keine Bullis und Käfer mehr, sondern Fahrzeuge für den Kriegsfall, in denen Soldaten töten und sterben. Eine Transformation mit freundlicher Unterstützung von Betriebsratschefin Daniela Cavallo. ♦ jw 7.3.26

BRD: Jeder Vierte hat kein Geld zum Sparen

Sparguthaben sind die einfachste Form der privaten Vorsorge. Aber um die Fähigkeit Rücklagen zu bilden, steht es schon seit langem schlecht. Zumindest für jene, die nicht zum vermögendsten Zehntel gehören. Eine aktuelle Umfrage der niederländischen Bank ING bestätigte das erneut. Das Ergebnis ist ernüchternd: Von 1.007 Befragten hatten 27 Prozent keinerlei Ersparnisse. Dass das mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun hat, zeigt sich schon an der Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Da waren es noch 23,5 Prozent, die keine Rücklagen hatten.

In verschiedenen Umfragen, in denen nachgefragt wurde, warum sie keine Ersparnisse hätten, erwiderten die meisten Befragten, ihr Einkommen sei zu gering. Mehr als jeder Fünfte (22 Prozent) erklärte, die gestiegenen Preise hätten Rücklagen aufgezehrt. Anhaltend ist ein großer Pessimismus. 17,9 Prozent machen sich nachts Sorgen wegen ihrer finanziellen Lage, und 36,5 Prozent bejahten diesen Satz: »Aufgrund meiner finanziellen Situation habe ich das Gefühl, dass ich nie die Dinge haben werde, die ich mir im Leben wünsche.«

Das private Vermögen ist in Deutschland, das sich nach Angaben der Bundesbank auf 9,3 Billionen Euro beläuft, ist extrem ungleich verteilt – die Hälfte befindet sich in den Händen der vermögendsten zehn Prozent, der Reichen und Superreichen. Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung sinkt bereits seit Jahrzehnten; vor allem, weil die Zuwächse durch veränderte Besteuerung wie auch dadurch, dass die »Oberen Zehntausend« Immobilien und Aktien besitzen, ebenfalls vor allem jenen zugutekamen, die ohnehin mehr besitzen. ♦ hm



streikfähig statt kriegstüchtig



Das Ergebnis der Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder ist kein Fortschritt, sondern ein Kompromiss der sich auf die Beschäftigten negativ auswirken wird. Es verbessert nicht die Arbeitsbedingungen, sondern stabilisiert einen unhaltbaren Zustand auf einem immer niedriger werdenden Niveau und verlängert die Reallohnverluste. Im Gesamtkontext verdient dieser Abschluss ein deutliches NEIN. Doch ein NEIN ist kein Angriff auf die Gewerkschaft, denn sie sind bekanntlich nur so stark wie ihre Mitglieder kampfbereit sind.

**Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen keine Aufrüstung, Hetze & Sozialabbau. Wir organisieren uns gegen Kriegsgefahren, für eine friedliche Welt und eine Verbesserung der Lebensbedingungen.
Nimm Kontakt mit uns auf & mach mit.**

Die letzten Warnstreiks haben gezeigt, dass die Kampfbereitschaft gewachsen ist. Kolleginnen und Kollegen haben erlebt, dass gemeinsames Handeln Druck erzeugt. Diese Erfahrung ist wertvoller als jede Prozentzahl auf dem Papier. Gewerkschaftliche Stärke entsteht nicht durch geschlossene Reihen hinter jedem Kompromiss, sondern durch eine aktive, selbstbewusste Basis, die ihre Interessen klar formuliert und durchsetzt.

Die Alternative ist nicht Austritt oder Schuldzuweisung. Die Alternative ist Organisation und Weiterentwicklung der eigenen Stärke: klare Kritik am Ergebnis, offensive Diskussionen, Vernetzung zwischen Kliniken, Hochschulen, Verwaltung und Verkehr, Aufbau dauerhafter Streikstrukturen und Vorbereitung auf folgende Auseinandersetzungen, nach Vorbild der „Vernetzung für kämpferische Ge-

werkschaften“.

Wir Bremer Kommunistinnen und Kommunisten schauen zusammen mit vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern mit großer Sorge auf die weltweite Aufrüstung und zunehmenden Kriege. In Deutschland werden bereits Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht. Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise die Existenzängste der Belegschaften, zum Beispiel in der Autoindustrie auszunutzen und dreht mit an der Schraube zur Angsterzeugung in der Arbeiterklasse. Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor.

In den Kriegen der Welt sterben Menschen wie du und ich nicht für höhere Werte, sondern für die Interessen großer Kapitaleigner. Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig auch unsere Kinder in Kriege zu schicken.

Nicht nur aus diesem Blickwinkel gesehen ist das Motto des DGB zum 1. Mai 2026 „Erst unsere Jobs. Dann eure Profite“ mehr als fehl am Platz. Vielmehr müsste es „streikfähig statt kriegstüchtig“ lauten, damit wir einerseits unsere berechtigten Lohnforderungen durchsetzen können und andererseits unsere Kinder nicht in den Krieg geschickt werden.

Die Kriegstreiber haben Blut geleckt und werden sich mit der militärischen Umstrukturierung nicht zufriedengeben. Sie wollen alle gewerkschaftlich erkämpften sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung schleifen und die Menschen rechtlos machen.

Kolleginnen und Kollegen wehrt Euch!

Impressum

<p>Deutsche Kommunistische Partei Bremen</p>	<p>Kontakt: dkp-bremen@gmx.de & www.bremen.dkp.de Besser informiert, mit der Zeitung der DKP: www.unsere-zeit.de oder einfach QR-Code</p>   <p>V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen</p>	
---	--	---

Eine Bremische Geschichte zum 1.Mai

Im Frühjahr 1925, in Bremen-Blumenthal, trat der 14-jährige Paul Rosenberger in den Bauarbeiterverband ein. Eben hatte er seine Lehre als Dachdecker begonnen – bei der Firma Friedrich Heise, wo der Geruch von Teer und Holzspänen den Alltag prägte. Es war keine leichte Zeit: fünf Jahre sollte die Lehrzeit dauern, und der Lohn war knapp genug, um den Hunger zu strecken.



Doch in Bremens Arbeiterbewegung gäerte es unter den jungen Arbeitern.

Lehrlinge begannen, sich zu organisieren, inspiriert von Männern wie Leo Drabent, Kommunist und Kämpfer aus der Arbeiterbewegung. Zusammen forderte die Lehrlingsbewegung: *Vier Jahre Lehre sind genug!* – und sie setzten es kämpferisch durch. So kam es, dass Paul 1929 als ausgebildeter Dachdecker in die Welt der erwachsenen Arbeiter hinaustrat – ein Jahr eher als geplant, mit Stolz auf der Brust und Schwielen an den Händen.

Fast fünfzig Jahre stand Paul auf den Dächern der Stadt. Er kannte den Wind, der vom Hafen herkam, das Zittern der Leitern und das Glitzern des Teers in der Sonne. Er überlebte einen Sturz, Verbrennungen, und später die unsichtbare Bedrohung – Asbeststaub, der sich in die Lungen setzte.

Doch er blieb dabei: für die Solidarität der Arbeiter, für die Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, der er über sechs Jahrzehnte lang angehörte.

1985, längst graues Haar und müde Hände, erhielt er die Ehrenurkunde – unterschrieben von Konrad Carl, überreicht vom Bausenator Bernd Meyer. Auf dem Papier stand, was ein Leben ausmachte: sechzig Jahre Treue zur Sache der arbeitenden Menschen.

Und irgendwo, tief im Gedächtnis, mochte er an Leo Drabent gedacht haben – den, der geköpft wurde, weil er für die Würde der Arbeiter gekämpft hatte. Ein Kampf, der auch Pauls Weg kürzer, aber sein Leben reicher machte. K.A. ♦

1,35 Milliarden für den Hafen in Bremerhaven–Rettung oder Katastrophe?

Nach Jahren der Vernachlässigung wurden 1,35 Milliarden aus dem Topf für Infrastruktur vom Bund zur Verfügung gestellt. Die maroden Hafenanlagen der Seestadt sollen saniert werden - sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke.

Die Bremerhavener SPD jubelte schon, da sich die Ausgaben in zivile Bereiche wie Windenergie, Hafensicherheit und Bekämpfung des Drogenschmuggels (Anmerkung: mehr Gelder für Zoll und Bundespolizei) tätigen ließen. Jedoch gibt es seit Jahren gravierende Probleme mit kaputt gesparter Infrastruktur:

– Das Leuchtfeuer die Nordmole ist beispielhaft. Über 10 Jahre war dieser Eckpfeiler des städtischen Schiffsverkehrs dem Zerfall preisgegeben. Das Resultat war eine Provinzposse, welche im August 2022 mit dem Einsacken des Leuchtfeuers illustriert wurde. Nach dreieinhalb Jahren wurde im Februar dieses Jahres die Finanzierung eines Neubaus gesichert und der erste Spatenstich konnte erfolgen. Bis 2028 soll der Neubau fertig sein. Bis dahin weist ein Provisorium den Schiffen den Weg.

– Die Geestebrücke war neulich wieder mal im Fokus der lokalen Berichterstattung. Das unter Denkmalschutz stehende Bauwerk verbindet den Stadtteil Geestemünde mit Mitte und ist deshalb eine wichtige Verkehrsader. Sie wurde im Dezember vergangenen Jahres wegen Sanierungsarbeiten für den LKW-Verkehr gesperrt, um eine Entlastung für die Statik des Bauwerks zu gewährleisten.

In der Seestadt Bremerhaven gibt es weitere Baustellen aufgrund jahrelangen Wegsehens. Daher mutet es zynisch an in die Modernisierung der Hafenanlagen zwecks Kriegstauglichkeit zu investieren.

Eine Stadtregierung, die im Namen der Bürger handelt, würde den Zerfall der Infrastruktur und deren militärische Nutzung niemals zulassen. J.S. ♦



Erneut haben heute über 50.000 Schülerinnen und Schüler, davon 1.000 in Bremen, gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht gestreikt. Am zweiten bundesweiten Aktionstag am 5. März beteiligten sich Schüler in 150 Städten, deutlich mehr als am ersten Schulstreik-Tag am 5. Dezember vergangenen Jahres. Die Schüler demonstrierten trotz Repressionen, und obwohl das sogenannte „Wehrdienstmodernisierungsgesetz“ bereits vom Bundestag verabschiedet wurde.

Die Initiative „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ zeigt sich zufrieden über diesen großen Erfolg. Die Schulstreiks richten sich gegen die Maßnahmen der Bundesregierung, die auf die Einführung einer flächendeckenden und vollumfassenden Wehrpflicht zielen. Sie wollen an jeder Stelle Sand ins Getriebe streuen. Lehrer, Eltern, Gewerkschaften und insbesondere politische Jugendorganisationen unterstützen die Streiks.

Lisa Alexander, 18 Jahre alt und aktive Schülerin aus Itzehoe, erklärte: „Wir haben heute klar gemacht: Die Bewegung gegen die Wehrpflicht wird bleiben und wachsen! In 150 Städten wird gestreikt! Die Proteste gehen so lange weiter, bis wir das Wehrdienstmodernisierungsgesetz, die Einführung

von Wehrpflicht und anderen Zwangsdienste zu Fall gebracht haben.“

Wie schon am 5. Dezember 2025 gab es auch am heutigen Streiktag Druck von Schulleitungen und Versammlungsbehörden. So führte das Friedrichsgymnasium in Kassel für den 5. März eine Attestpflicht ein. Die Schulleitung der Carl-Schulz-Schule in Frankfurt am Main ließ die Türen von innen abschließen, um die Schüler daran zu hindern, am Streik teilzunehmen. Die Schülerinnen und Schüler ließen sich nicht einschüchtern – die Schüler in Kassel etwa besuchten den Streik dennoch.

Hannes Kramer von der Initiative „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ skizzierte die geplanten nächsten Schritte der Bewegung: „Das Ziel muss jetzt sein, den Kampf gegen die Wehrpflicht mit allen, die es ehrlich meinen, weiterzuführen.

Das heißt, in den Schulen, auch abseits der bundesweiten Aktionstage, aktiv zu werden gegen Bundeswehrauftritte und für ein Lernen für den Frieden, das heißt, die Streikbewegung zu stärken und natürlich auch überall, wo wir merken, dass zu wenig Geld für unsere Bildung ausgegeben wird, klarzumachen: Das Geld ist da, es fließt aber in Rüstung und Krieg statt in unsere Zukunft– holen wir es uns zurück!“ ♦